KEIN BOCK auf NAZIS

Eine Zeitung fürs Land Brandenburg vom Antifaschistischen Pressearchiv Berlin und dem Antifaschistischen Infoblatt

Keine Stimme den Nazis!

Weder im Parlament, noch auf der Straße oder im Verein

■ *Zu den Brandenburger Kommunalwahlen am 28. September 2008 gehen auch rechtsextreme Parteien auf Stimmenfang. Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung! Denn außer Menschenverachtung und billigen Parolen haben sie nichts zu bieten. Rechtsextreme lösen keine Probleme sondern verschlimmern sie nur.*

FOTO: MARK MÜHLHAUS / ATTENZIONE

Von eintausend Menschen, die in Brandenburg leben, sind gerade einmal 18 keine Deutschen. Bei diesem kleinen Anteil ist es kompletter Unfug, Ängste vor einer »Überfremdung« zu schüren und Ausländern die Schuld für die Probleme hier im Land in die Schuhe zu schieben. Genau das tun NPD, DVU und Konsorten mit ihrem rassistischen Wahlkampf aber. Dazu gibt es salbungsvolle Sprüche gegen Sozialabbau – dabei will die NPD einen Arbeitsdienst für Arbeitslose einrichten! Die NPD ist zudem eine Organisation von Verharmlosern der Naziverbrechen und will immer noch nicht die Grenze nach Polen an Oder und Neiße anerkennen. Hinzu kommt, dass die Neonazi-Fußtruppen das Land mit Gewalt gegen alle überziehen, die ihnen nicht ins Weltbild passen. Schon 136 Menschen sind seit 1990 von Rechten ermordet worden.

Erreicht man mit nationalistischem Wahn von einer Volksgemeinschaft, Antisemitismus, Führerkult und Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie dumpfrassistischer »Das-Boot-ist-voll«-Polemik irgendetwas? Wir sagen: Nein! NPD und DVU sind keine Alternative zu irgendetwas, wie sie selbst behaupten. Ganz im Gegenteil – sie repräsentieren den Wunsch nach einer kriegslüsternen, aggressiven Diktatur, in der es keine Freiheit mehr gibt und alles schlimmer wird. Jede Stimme für die extreme Rechte ist eine zuviel. Wer für ein besseres Leben ist, das allen Menschen – egal welcher Hautfarbe – zuteil wird, darf nicht auf die rechten Parolen hereinfallen.

Wir von der Kampagne »Kein Bock auf Nazis« finden, dass es Zeit ist, aufzustehen und die Stimme gegen die Rechten zu erheben. Nicht nur jetzt, wo in Brandenburg Wahlen anstehen sondern immer und überall. Auf den folgenden Seiten gibt es Artikel über die Ziele und Hintergründe der rechtsextremen Szene in Brandenburg. Lieber jetzt informieren – anstatt sich später zu wundern, wieviele rechte Pfeifen in den Kommunalparlamenten sitzen.

Inhalt

Seite 2
Hintergrund
Warum wir keinen Bock auf Nazis haben

Seite 3
Tiefbraune Kameraden
Die NPD auf Stimmenfang

Seite 6
Soziale Frage
Populismus der Neonazis

»Nazis tun so als wollten sie das gleiche wie alle. Das ist aber eben nicht so. Wir wollen keine Ausländer rausschmeißen. Wir wollen die Probleme in diesem Land anpacken. Aber wir wollen sie nicht mit Rassismus und nicht mit Ausgrenzung anpacken. Dafür steht aber dieses Nazitum.«

KEIN BOCK auf NAZIS

Geschichtliches Wissen ist unverzichtbar. Ein Blick auf das Regime der Nazis zwischen 1933 und 1945 zeigt, welche Terrorideologie die neuen Rechtsextremen als Vorbild haben. Daran zu erinnern, ist uns Verpflichtung. Einige Internetportale geben Auskunft über wichtige historische Fakten.

Die größte deutschsprachige Initiative, die sich mit den Schrecken des Holocaust beschäftigt, ist www.shoa.de. Die Plattform bietet Artikel, einen Linkkatalog, Zeitzeugenberichte, Rezensionen, ein Diskussonsforum, moderierte Chats und vieles mehr.

Das Deutsche Historische Museum bietet eine virtuelle Ausstellung zum NS-Regime. Gezeigt werden Texte, Bilder und Tondokumente zu Antisemitismus, Widerstand, Politik, Wirtschaft, Alltag und Kunst im Nazistaat. Eine umfangreiche Sammlung geschichtlicher Daten ergänzt das Angebot unter www.dhm.de/lemo/html/nazi/index.html

Historische Fakten und Informationen über die Tricks, mit denen Rechtsextreme versuchen, die Geschichte umzuschreiben, finden sich unter www.h-ref.de. Die Holocaust-Referenz ist als eine Art Erste-Hilfe-Kasten gegen Holocaustleugnung zu verstehen. Die Seite nimmt Tricks, Zahlenspiele und Täuschungen der Revisionismusszene unter die Lupe. Dem entgegen stellt sie geschichtliche Informationen zu Krieg, Vernichtung und Verfolgung.

Unter www.topographie.de wird das seit 1987 bestehende Berliner Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors« vorgestellt. Hinweise auf Sonderausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen sind hier zu finden. Die dazu gehörende Dauerausstellung macht die Dimension der NS-Schreckensherrschaft sichtbar.

Im European Resistance Archive (ERA) wird die Geschichte von Widerstandsaktivitäten lebendig gehalten. Den Kern von www.resistance-archive.org bilden Videointerviews mit Frauen und Männern, die in sechs Ländern am Widerstand gegen Faschismus und Besatzung teilgenommen haben. Die Seite ist englischsprachig. Die Interviewten sprechen ihre Landessprache, es gibt aber Übersetzungen. Speziell zum Widerstand in Deutschland gibt es bei der »Gedenkstätte Deutscher Widerstand« unter www.gdw-berlin.de Informationen.

KEIN BOCK auf NAZIS

FOTO: R. GEISHEIMER / ATTENZIONE

Warum wir keinen Bock auf Nazis haben

Wir sind für die Menschen – Rechtsextreme leugnen sogar, dass es die Menschheit überhaupt gibt

■ *Ganz klar: Wir wollen, dass alle Menschen frei leben können. Frei von allen Zwängen, die die Entfaltung des Individuums verhindern, frei von Gängelung. Dazu gehört auch, dass alle gleich viel wert sind, sie die gleichen Chancen haben, dass sich niemand über einen anderen Menschen stellen darf. Die heutige Gesellschaft ist nicht so – es gibt darum jede Menge Gründe, aktiv zu werden, um die Welt zum Guten zu ändern.*

Für das genaue Gegenteil von unseren Zielen stehen die Rechtsextremen. Lassen wir kurz die NPD zu Wort kommen: »Der ›Mensch‹ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die ›Menschheit‹. Der Mensch existiert nur (..) als Angehöriger eines bestimmten Volkes.« Diese Sätze enthalten puren Hass. Die NPD streitet ab, dass es überhaupt so etwas wie die Menschheit gibt. Dass wir gleiche Rechte und individuelle Interessen haben gilt nichts, nur zu welchem »Volk« wir gehören, ist für sie wichtig. Diese Ideologie nennt sich »völkischer Nationalismus« und sie ist typisch für die Nazis. Daraus leitet sich ein aggressiver Rassismus ab: »Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird niemals Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers ja nicht die biologischen Erbanlagen ändert (..) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper.« Für die NPD ist anhand von Hautfarbe und Herkunft also vorbestimmt, wo und wie Menschen leben sollen. Wie jemand aufwächst und erzogen wird, spielt für sie keine Rolle, weil angeblich alles durch die Gene vorbestimmt sei. Von den Wissenschaften sind diese Behauptungen schon seit vielen Jahrzehnten als völliger Blödsinn entlarvt worden. Es gibt keine »Menschenrassen« genausowenig wie dem Menschen seine Lebensweise durch die Biologie vorbestimmt ist. Wir können denken und sind frei – genau das ist es doch, was uns von Tieren unterscheidet! Nazis sind nicht nur größenwahnsinnig (die Deutschen sollen ein ganz besonders tolles Volk sein), sondern leiden gleichzeitig unter Verfolgungswahn. Das äußert sich in ihrem Antisemitismus. Sie glauben nämlich, dass es eine Verschwörung der Juden und Jüdinnen gäbe. Diese streben angeblich die Weltherrschaft an und wollen ganz besonders den Deutschen Schaden zufügen.

Aus ihrem völkischen Nationalismus leiten die Neonazis auch ihre gesellschaftliche Utopie ab: Die »Volksgemeinschaft«. Alle sollen in strenger Hierarchie geordnet den Befehlen eines »Führers« folgen. Was der oder die Einzelne will, zählt nichts, freies Denken ist unerwünscht und wenn jemand nicht spurt, wird er oder sie als »Volksschädling« bestraft. Bekanntlich haben die Nazis von 1933 bis 1945 schon einmal versucht, solch eine »Volksgemeinschaft« zu errichten. Wir erinnern kurz an die Bilanz: Im von Nazideutschland ausgelösten zweiten Weltkrieg kamen insgesamt über 50 Millionen Menschen ums Leben. Mit industrieller Technik sollten alle Juden und Jüdinnen vernichtet werden – über fünfeinhalb Millionen wurden ermordet. Und genau die Ideologie, die diese Verbrechen hervorbrachte, wollen NPD und Co. wiederaufleben lassen. Das muss verhindert werden – wir haben keinen Bock auf Nazis!

Tiefbraune Kameraden

Die NPD ist die aggressivste Partei in Brandenburg

■ *Eine kleine Quizfrage: Welche Partei, die bei den kommenden Kommunalwahlen in Brandenburg antritt, findet die folgenden Zeilen unterstützenswert? »Kanake verrecke – verfluchter Kanake – du bist nichts weiter als ein mieses Stück Kacke – du bist das Letzte – du bist nur Dreck – du bist nur Abschaum – du mußt hier weg!« Noch eine Kostprobe: »Aber nicht mehr lange, dann seid ihr dran – Dann gibt's auch hier den Ku-Klux-Klan – Wenn in der Nacht die Kreuze brennen – Dann könnt ihr stinkenden Kaffer um euer Leben rennen!«*

Der Rathenower NPD-Stadtverbandsvorsitzende hatte bei einer NPD-Demo im Oktober 2006 in Berlin Ärger mit der Polizei. Sein Pulloveraufdruck »Hail McVeigh« zeigt Bewunderung für den US-Neonazi Timothy McVeigh, der 1995 einen Anschlag in Oklahoma verübte. 168 Menschen starben dabei

Diese »Dichtkunst« stammt von der Berliner Nazi-Rockband Landser und die gesuchte Partei ist – natürlich! – die NPD. Der Sänger von Landser ist NPD-Mitglied und als er im Gefängnis saß, organisierte die Partei eine Solidaritätsdemonstration, an der 1.000 Neonazis teilnahmen. Die Hasstexte vom Landser-Sänger umschrieb die NPD im Demoaufruf so: »Er transportierte mit seiner Musik die Sehnsucht einer ganzen jungen Generation nach Erneuerung und nach einem Land, das die Heimat der Deutschen sein soll.«

Nachdem die Brandenburger NPD im Jahr 2004 wegen interner Streitigkeiten am Boden lag, hat sie sich inzwischen wieder aufgerappelt. In den letzten eineinhalb Jahren sind zahlreiche Kreis- und Ortsverbände aus dem Boden gestampft worden. Auch die Mitgliederzahlen sind nach oben gegangen. Bei den Kommunalwahlen am 28. September 2008 tritt die Neonazipartei nun mit zahlreichen Kandidaten und Kandidatinnen an.

Immer wieder gewalttätig

Wenn im Wahlkampf die NPDler ihre »sozialen« Phrasen dreschen und zuweilen vielleicht betonen, dass sie sich zur Demokratie bekennen – man darf nicht vergessen, dass die Partei dennoch geprägt ist von Gewaltbereitschaft und Naziideologie. Kostproben gefällig? Als 2006 der derzeitige NPD-Chef von Königs Wusterhausen auf dem Weg zu einer Neonazidemonstration in Halbe war, hatte er keine Skrupel, auf eine Gegendemonstrantin einzutreten – die Frau erlitt Quetschungen. Der NPD-Kader kam vor Gericht mit einer Geldbuße davon, das Verfahren wurde eingestellt. Kein Wunder jedenfalls, dass die NPD in Königs Wusterhausen auch gerne mal unverhohlen Gewalt ankündigt. Bei einer Veranstaltung gegen Rechtsextremismus tauchten NPDler auf. Ein Transparent drohte: »Wer 'ne dicke Lippe riskiert, bekommt sie auch«. Die Gewalttätigkeit aus NPD-Kreisen hat System. Im Februar berichtete die Oberstaatsanwältin von Neuruppin, dass bei rechten Vorfällen und Gewaltdelikten die Täter sehr oft NPD-Mitglied sind oder der Partei nahe stehen.

Bei einer NPD-Demo in Rathenow offenbarte Udo Pastörs, Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, seine neonazistischen Ansichten. Er tönte im besten Nazijargon: »Am 8. Mai 1945 hat unsere heldenhafte Wehrmacht kapituliert. Das Deutsche Reich hat niemals kapituliert. Das Deutsche Reich besteht als Völkerrechtssubjekt bis heute fort. Und nur das Deutsche Reich kann eine, in Zukunft wieder lebendige, deutsche Nation bedeuten.«

Kriegslüsternes Programm

Ein Blick in das Parteiprogramm zeigt auch, dass die NPD kriegslüstern die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen will: »Deutschland ist größer als die Bundesrepublik«. Wen wunderts da, dass NPDler Udo Pastörs die deutsche Armee in »Wehrmacht« umbenennen will. Ebenso nazistisch ist die Programmpassage, in der die NPD ein »nationales Geschichtsbild« einfordert. Gegen »die Aufwertung des Landesverrats« wehrt sie sich und meint damit zum Beispiel den historischen Widerstand gegen das Regime in Nazideutschland.

Wenn es um geschichtliche Bildung geht, ist speziell die Brandenburger NPD sehr bemüht. Bei einem Schulungswochenende ließen sich die Parteimitglieder zum Thema »Märtyrer sterben nicht – Nürnberg 1946 – Großdeutschland am Galgen« unterrichten. Referent dieser geschichtsverfälschenden Thesen war ein verurteilter Naziterrorist, der inzwischen bei der NPD-Fraktion in Sachsen arbeitet. Ein weiterer Vortrag widmete sich pathetisch »4.000 Jahren heldenhafter deutscher Geschichte«. Das ist mehr als lachhaft, denn natürlich hat es vor 4.000 Jahren noch gar kein Deutschland gegeben.

Es ist nicht zu übersehen: Was die NPD zu bieten hat, sind Rassismus, Naziverherrlichung, Gewalt. Lösungen für die Probleme im Land sind das nicht, das sollte jedem mit gesundem Menschenverstand klar sein.

Wer ist die NPD in Brandenburg wirklich?

Die NPD sagt, dass sie Gewalt ablehnt. Teilnehmer einer NPD-Kundgebung in Rathenow (V.l.n.r.): Michél Müller, NPD-Kreischef in Havel-Nuthe saß wegen Körperverletzung im Gefängnis; der Rathenower NPD-Chef Marcell H. ist verurteilt wegen Körperverletzung; Stefan R. kam bei einem Prozess in Halle mit einer Verwarnung unter dem Vorbehalt einer Geldbuße auf Bewährung davon; Daniel K. und Matthias U. saßen wegen Körperverletzung im Gefängnis.

Die Anführer der NPD

Rund 250 Mitglieder hat die NPD in Brandenburg. Sie ist zwar keine Massenorganisation, aber die Zahlen gehen nach oben.

Der NPD-Anführer in der Mark ist ein Westimport. Der 41-jährige Klaus Beier stammt Parteischriften zufolge aus Franken in Bayern. Im Zusammenhang mit Gedenkveranstaltungen an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess stieß Beier bereits 1987 zur NPD. Seit 1998 arbeitet er als Bundespressesprecher in der Berliner Parteizentrale. Der Multifunktionär ist auch Chef im Kreisverband Oberhavel.

Ein Stellvertreter von Klaus Beier auf Landesebene ist ebenfalls seit Jahrzehnten als Aktivist in der neonazistischen Partei bekannt. Thomas Salomon, Jahrgang 1952, mischt seit den 1970er Jahren in der NPD mit und hat in Brandenburg Ämter als Vize-Landesvorsitzender und als Landespressesprecher inne. Neben Salomon ist Detlef Appel, Jahrgang 1955, ebenfalls Vizelandeschef. Appel lebt in Oranienburg und ist zusätzlich NPD-Kreischef in Oberhavel.

Zur Führungsriege der Brandenburger NPD gehören außerdem die weiteren Kreischefs: Ronny Zasowk (Jahrgang 1986) aus Cottbus für den Lausitzer Verband, der Biesenthaler Mike Sandow für den Kreisverband Barnim-Uckermark, Michél Müller in Havel-Nuthe sowie der Perleberger Peter Börs (Jahrgang 1944) in Ostprignitz-Ruppin.

Wie bedrohlich die NPD auch für ehemalige Mitstreiterinnen und Mitstreiter sein kann, bekam ein Mitglied der Landes-Parteiführung zu spüren, welcher 2006 aus der Partei ausgetreten ist. Der damalige Kreischef in der Region Spreewald wurde lange Zeit mit Drohanrufen und Beschimpfungen belästigt. Sprüche wie »Pass auf, wenn du im Auto den Schlüssel drehst« sollten ihn einschüchtern. Der ehemalige NPD-Kader hat gelernt, dass die Partei zwar vermeidet, in der Öffentlichkeit als martialisch zu erscheinen, »aber in Wahrheit ist sie nicht gewaltfrei«.

KEIN BOCK auf NAZIS

Rechtsrock made in Brandenburg

Der Sound des Hasses nennt sich Rechtsrock. Das ist Musik von Neonazibands, gemacht als Entertainment für den harten Kern der Szene und als Werbeträger, um Nachwuchs zu rekrutieren. Bei vielen rechten Übergriffen putschten sich die Täterinnen und Täter vorher mit Rechtsrock-Musik auf. Beispielsweise bei der Hetzjagd von Guben 1999, die für einen von Neonazis verfolgten Afrikaner tödlich endete. Die Rechten brachten sich mit Liedern von Landser für ihre Tat in Stimmung.

In Brandenburg wird die Neonazimusik nicht nur konsumiert sondern auch gemacht. Rund drei Dutzend Rechtsrockbands tummeln sich im Bundesland, spielen Konzerte, nehmen Alben auf. Textlich wird meist kein Blatt vor den Mund genommen. Ein Textausschnitt von der Brandenburger Band Hassgesang: »Hängt sie an den nächsten Baum, Rassenschande, unser Alptraum. Viel zu milde wären Wasser und Brot. Verrat an Volk und Rasse, darauf steht der Tod. Der Jude verschmutzt unsere Rasse mit Dreck.«

Beispiele für weitere Brandenburger Rechtsrock-Bands sind Bloodshed (Potsdam, Chemnitz), Burn Down (Potsdam), Confident of Victory (Senftenberg) und Volkstroi (Fürstenwalde, Beeskow). Eine der ältesten Gruppen im Land sind Frontalkraft. Die 1992 gegründete Cottbusser Band trägt selbstbewusst ihren aggressiven Nationalismus vor: »Wir bekennen uns zu unserem Land, zu unserem Blut und unserer Art, auch zu dem, was vor 45 war. Wir bekennen uns zum Deutschen Reich, zur großdeutschen Geschichte, aber nicht zu diesem Lügenapparat! Wir bekennen uns zu Deutschland!«

Rechtsrock ist übrigens weniger ein musikalischer Stil sondern eher ein Oberbegriff für Musik aus und für die rechte Szene. Musikalisch kann das Ganze als Rock oder Metal, als Punk oder Hardcore daherkommen – entscheidend ist, dass Texte und Gestaltung rechtsextreme Ideologie transportieren. Seine Funktion ist, die braune Szene über kulturellen Angebote zusammenzuhalten.

Infos gegen Rechtsrock gibt es auf dem Webportal www.turnitdown.de. Unter anderem findet sich dort eine umfangreiche Datenbank, in der viele Details zu Rechtsrock-Bands gelistet sind.

KEIN BOCK auf NAZIS

Bieder, farblos, erfolglos – rechtsextrem

Auch die DVU tritt bei den Kommunalwahlen an

■ *»Nein zu Nazismus!« schreibt die »Deutsche Volksunion« (DVU) auf ihrer Homepage. Mit Neonazis will die Partei also nichts zu tun haben. Und auch von »Rechtsrock«-Musik distanziert sich die DVU: »Produzenten und Vertreiber derartiger Machwerke machen sich mitschuldig an blutiger Gewalt.«*

Solche Sätze an sich sind natürlich sachlich richtig und begrüßenswert. Nur sind sie im Falle der DVU schlappe Schutzbehauptungen und Lügen. Die Realität zeigt, dass die DVU selbst Teil des braunen Sumpfes ist.

Beispiel Neonazismus: Ende April gab es in Petershagen bei Strausberg eine knallharte Naziveranstaltung, bei der ausgiebig dem Hitlerstellvertreter Rudolf Hess gehuldigt wurde. Der zuständige Schutzbereichsleiter der Polizei wusste zu berichten, dass sich neben militanten »Hammerskins« und vorbestraften Rechtsextremen auch Funktionäre der DVU unter den Gästen tummelten.

Beispiel Rechtsrock: Ein Beisitzer im Landesvorstand der DVU in Brandenburg, Klaus Mann, stellte sein privates Grundstück immer wieder für Konzerte von genau solchen Bands zur Verfügung, die die DVU angeblich von Herzen ablehnt. Hass-Sound auf dem DVU-Grundstück – im Jahr 2006 sogar am 20. April, dem Geburtstag von Adolf Hitler. Im August 2007 wiederum wurde folgender SA-Song auf dem Gelände intoniert: »Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig – lasst die Messer flutschen in den Judenleib – Blut muss fließen, knüppelhageldick – und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.« Am Eingang zum Grundstück von Mann hing zumindest zeitweise ein Schild »Achtung: Sie verlassen jetzt die Bundesrepublik Deutschland und betreten deutsches Reichsgebiet«.

Schon seit 1999 sitzt die DVU in Brandenburg im Landtag und auch zu den Kommunalwahlen will sie nach eigenen Angaben kandidieren. Im Landtag hat die DVU indes bisher wenig bewirkt. Die Fraktion gilt als bieder, farblos und erfolglos. Kaum eine Spur von Versuchen, ihre vollmundigen Wahlversprechen (»Stachel im Fleisch der etablierten Parteien«) einzulösen. Die DVU hat kaum Parteileben, fast alles wird von der Zentrale in München vorgegeben. DVU-Chef Gerhard Frey steuert seine Partei selbstherrlich und autoritär. Von ihm, aus Bayern, kommen auch die Millionenbeträge, die die DVU in Wahlkämpfe in Ostdeutschland investiert – kaum sind die Wahlen vorbei, versiegt der Elan der DVU.

Ab und an flackert aber doch auf, wes Geistes Kind die Brandenburger DVU-Abgeordneten sind. In einem Antrag forderte die Fraktion eine Bundesratsinitiative zur Streichung mehrerer Absätze des Strafgesetzbuch-Paragrafen 130. Im Klartext: Die DVU setzt sich für Holocaustleugnung ein, denn der fragliche Gesetzesabschnitt beschäftigt sich mit der so genannten »Auschwitz-Lüge«.

FOTO (M): MARK MÜHLHAUS / ATTENZIONE

Bieder und braun – Teilnehmerin einer Demonstration der DVU

Ein Blick in die »Nationalzeitung« (das Blatt gehört DVU-Chef Frey) zeigt deutlich, welche Themen der DVU wichtig sind.

Im Mittelpunkt steht immer ein aggressiver Nationalismus. Dazu kommen ordentliche Portionen Rassismus, Antisemitismus und geschichtlicher Revisionismus. Mit verzerrten Berichten wird Angst vor einer angeblichen »Überfremdung« geschürt.

Gängige Praxis ist es außerdem, die Verbrechen des Nationalsozialimus durch das Aufwiegen und Vergleichen mit anderen Verbrechen der Vergangenheit oder durch Leugnung von Tatsachen zu relativieren. Regelrecht hofiert wird in der »Nationalzeitung« zum Beispiel David Irving, ein britischer Hobbyhistoriker, dessen Arbeiten nachgewiesenermaßen vor Fehldarstellungen strotzen. Irving ist Rassist, Lügner, Antisemit und Holocaustleugner, stellte ein Londoner Gericht fest. Er versucht, die Geschichte von Nazideutschland und vom zweiten Weltkrieg so umzuschreiben, dass sie möglichst positiv für Deutschland aussieht. Genau das gefällt der DVU, darum setzt sie sich für Irving ein – der fehlende Wahrheitsgehalt seiner Äußerungen wird getrost ignoriert. Höchste Zeit, dass dieser Partei bei den Kommunalwahlen eine klare Absage erteilt wird.

Ausgrenzen oder tolerieren?

Zum richtigen Umgang mit Rechtsextremen

Diskriminieren – Abschieben – Totschlagen. Das wollen Neonazis mit allen tun, die nicht ins rechtsextreme Weltbild passen. Schon 136 Menschen wurden in Deutschland seit 1990 Opfer von rechtsextrem und rassistisch motivierten Tötungsdelikten, ungezählte Opfer wurden verletzt und viele leiden ihr Leben lang an den Folgen.

Statistisch gesehen werden jeden Tag in Deutschland mehr als zwei rechtsextrem oder rassistisch motivierte Gewalttaten begangen. Die Opfer: Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, Obdachlose, Schwule und Lesben, Linke, engagierte Jugendliche oder engagierte Gewerkschafter.

Überall da, wo Neonazis und NPD bei Protesten gegen Sozialabbau mitlaufen, wo sie sich in Diskussionen als »normaler« Teil der Gesellschaft präsentieren, können sich Ungleichheit und Ungerechtigkeit ein Stück Raum erkämpfen!

Deshalb sind wir dafür, die Neonazis auszuschließen. Diese Ausgrenzung hat nichts damit zu tun, dass es uns an Toleranz mangeln würde. Toleranz bedeutet, die Meinung anderer zu dulden, auch wenn sie einem nicht unbedingt gefällt. Aber Diskriminierungen und rassistische Parolen dulden wir eben nicht! Diejenigen, die nicht vor rassistischer Gewalt bis hin zu Mord zurückschrecken und die elementaren Rechte aller Menschen mit Füßen treten, können für uns keine gleichberechtigten Partnerinnen und Partner in einem Dialog sein. Wer sich zur Ideologie der Neonazis bekennt, einer ihrer Organisationen oder Parteien angehört, hat sich selber ausgegrenzt und darf deshalb auch ausgeschlossen werden.

Neonazis entgegen zu treten ist eine Entscheidung für eine Gesellschaft, in der Menschen gleiche Rechte haben – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung.

FOTO: CHR. DITSCH/VERSION

Wer anders aussieht als die Mehrheitsbevölkerung in Brandenburg muss oft misstrauische Blicke erdulden

Rassismus im Alltag

Diskriminierung gegen Nicht-Deutsche ist in Brandenburg weit verbreitet

■ *»Das Boot ist voll«, »Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«, »an Schulen wird wegen der vielen ausländischen Kinder nicht mehr richtig deutsch gesprochen« – sieht aus wie NPD-Parolen, ist aber überall zu finden. Rassismus ist ein Alltagsphänomen und geradezu in Mode. Darum wird es Zeit, mit den Vorurteilen und Klischees, die viele Deutsche gegenüber Nicht-Deutschen haben, aufzuräumen.*

Die Anzahl der genehmigten Asylanträge ist seit Jahren rückläufig. In Brandenburg beantragten im vergangenen Jahr nur 1.078 Ausländerinnnen und Ausländer ein Bleiberecht und nur 8.000 erhielten der aktuellsten Erhebung zufolge Leistungen aus dem »Asylbewerberleistungsgesetz«. Das Bild, dass diese Menschen »nur« nach Deutschland kämen, um sich hier »durchzufressen«, verhöhnt die Situation. Man muss nur die Nachrichten verfolgen: Naturkatastrophe in China, Bürgerkrieg in Kolumbien, eine brutale Diktatur in Birma, Hunger und Krieg im Sudan, Verarmung in Osteuropa. Die Aufzählung von solch offensichtlichen Fluchtgründen ließe sich seitenlang fortsetzen. Es ist normal und verständlich, wenn Menschen in Not woanders ein besseres Leben suchen. Ein winziger Bruchteil der Menschen, die von einem besseren Leben im Norden bzw. Westen träumen, erreicht wirklich Deutschland. Viele ertrinken in Flüssen und Meeren beim Versuch, die Grenzen nach Europa zu überwinden. Der Großteil bleibt gezwungenermaßen in den sogenannten Schwellenländern hängen oder wird zu Flüchtlingen im eigenen Land.

»Die haben es viel zu gut hier«

Wer es geschafft hat, ist ganz sicher nicht im Paradies angekommen. In Deutschland werden Flüchtlinge bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag, was oft viele Jahre dauert, meist in Heimen untergebracht. Kleine und überfüllte Zimmer, keine Privatsphäre, kein Rückzugsraum, das Essen ist schlecht, auf eigene Ernährungsbedürfnisse wird keine Rücksicht genommen, die Wände schimmeln – manchmal ist sogar die mangelnde ärztliche Versorgung für diese Menschen lebensbedrohlich. Psychologische Betreuung gibt es trotz der vielen Fälle von Depressionen, Traumatisierungen und Foltererfahrungen so gut wie nie. Oftmals liegen die Heime weitab der normalen Wohngebiete irgendwo in der Pampa: kein regelmäßiger Busverkehr ermöglicht einen Besuch in der nächsten Stadt, um einkaufen zu gehen oder Leute zu treffen.

Keine Bewegungsfreiheit

Die Flüchtlinge dürfen sich sowieso nicht frei bewegen. Sie unterliegen besonderen Meldeauflagen, der sogenannten »Residenzpflicht«. Das heißt, dass sie sich nur in dem bestimmten kleinen Kreis um ihren zugeteilten Wohnort bewegen dürfen. Manchmal liegt schon der nächste kleine Ort außerhalb dieser engen Grenze und die Fahrt dorthin bedarf jedesmal der Genehmigung der Behörde – welche diese auch gerne mal willkürlich verweigert. Gute Gründe, depressiv zu werden; die Fälle von Suizid oder Selbstmordversuchen häufen sich in Heimen und Abschiebegefängnissen. Eine Arbeitserlaubnis gibt's sowieso nicht, einen Studienplatz ebenfalls nicht – all das geht nur mit einem festen Aufenthaltsstatus. Und selbst wenn man den hat: Arbeit zu finden, ist äußerst schwer. Einem Nicht-Eu-Bürger darf erst dann ein Job gegeben werden, wenn sich kein deutscher und kein EU-Bürger für die Stelle finden lässt.

Versteckte Ausgrenzung

Auch eingebürgerte Menschen mit deutschem Pass werden zwar nicht gesetzlich benachteiligt, aber die Gesellschaft legt ihnen weiterhin viele Steine in den Weg. Vorurteile und struktureller Rassismus geben selbst hier geborenen Kindern von »Ausländern« schlechtere Chancen in der Schule, bei der Berufswahl, für den sozialen Aufstieg. Der deutsche Alltag zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen mit anderer Hautfarbe oder Herkunft immer noch als fremd wahrgenommen und ausgegrenzt werden.

Wenn NPD und DVU argumentieren, dass es Nicht-Deutschen hierzulande viel zu gut gehen würde, ignorieren sie die Realität. Für Ausgrenzung und Rassismus sprechen keine Argumente. Sie sind blinde Vorurteile, die leider viel zu weit verbreitet sind.

Lifestyle rechtsaussen

Neben den rechtsextremen Parteien und Kameradschaften existiert in vielen Regionen Deutschlands – und gerade auch in Brandenburg – eine rechtsextreme Szene, die sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ihre Nischen sucht. Zusammenhalt und Identität auf Grundlage der rechtsextremen Weltanschauung werden so auch in eigentlich politikfernen Bereichen geschaffen und organisiert. Diese Alltagskultur darf nicht unterschätzt werden – sie hält »die Bewegung« zusammen.

Zu nennen sind zum Beispiel die Rechtsrock-Bands (siehe auch Seite 4, Spalte). Und auch beim Fussball wird zuweilen rechter Lifestyle zelebriert – unter den Fans vom FC Energie Cottbus oder dem FC Victoria Frankfurt/Oder gibt es extrem rassistische Gruppierungen. Immer wieder kommt es vor, dass schwarze Spieler beschimpft werden oder rechte Hooligans Fans von der gegnerischen Mannschaft als »Juden« schmähen. In manchen Orten versuchen indes rechte Funktionäre, in Vereinen, Elternvertretungen und anderen Institutionen Fuß zu fassen. Daneben bestehen in nahezu jeder Stadt Brandenburgs rechte Jugendcliquen: Trinken, Rechtsrock hören und historisch verquere Träumereien über »die gute alte Zeit« gehören zu ihrem Alltag. Gewalt ist fester Bestandteil. Mancherorts machen sich Kameradschaften breit. Das sind lose organisierte und untereinander vernetzte Neonazigruppen – ideologisch fanatisch, äußerst gewaltbereit. Die »Freien Kräfte Teltow-Fläming« sind eine dieser Gruppen. In der letzten Zeit sind die Kameradschaften in Brandenburg oft im Schlepptau von Veranstaltungen der NPD zu finden.

Wichtiger Umschlagplatz für Szenezubehör sind einschlägige Versandfirmen, Plattenfirmen und Ladengeschäfte. In Cottbus ist es beispielsweise der »Devils Right Hand Store« und in Hennigsdorf der »On the Streets«, die das Fußvolk mit Szeneartikeln versorgen. Das Geschäft läuft gut, der Rubel rollt.

KEIN BOCK auf NAZIS

Beratungsteams
Unbürokratische Hilfe bieten die »Mobilen Beratungsteams« des »Brandenburgisches Instituts für Gemeinwesenberatung«. Vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom Netzwerk für Toleranz bis zur freiwilligen Feuerwehr – wer Unterstützung braucht, um gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden kann sich an die »Mobilen Beratungsteams« wenden, die über Büros in folgenden Städten verfügen: Angermünde (für die Kreise Barnim und Uckermark), Cottbus (Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Cottbus), Frankfurt/Oder (Märkisch-Oderland, Oder-Spree, und Frankfurt/Oder), Neuruppin (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel), Potsdam (Potsdam-Mittelmark, Havelland, Brandenburg/Havel, Potsdam), Trebbin (Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald). Kontaktinfos gibt es unter www.mobiles-beratungsteam.de.

Hilfe für die Opfer
Wer Opfer einer rechten Gewalttat wird, findet sich plötzlich aus seinem Alltag gerissen, häufig verletzt und verängstigt. Zugleich wird man schnell mit der Polizei konfrontiert und gezwungen, Entscheidungen zu treffen. Angehörige und nahe Freundinnen und Freunde sind unsicher, wie sie in der unbekannten Situation helfen können. Unterstützung bietet in solchen Fällen der Brandenburger Verein Opferperspektive. Wie notwendig solch eine Arbeit ist, zeigt die anhaltend hohe Zahl rechter Gewalttaten. 2007 waren allein in Brandenburg 233 Menschen direkt von Angriffen Rechtsextremer betroffen. Kontakt zur Opferperspektive gibt es auf der Homepage www.opferperspektive.de.

Antifagruppen
Nicht wegzudenkende Akteure im Kampf gegen Rechts sind Antifagruppen, die meist über gutes regionales Fachwissen verfügen, mittels Broschüren aufklären und bei Demonstrationen auf die Straße gehen. Die oft jugendlichen Antifas leisten auch wertvolle Beiträge für die Entwicklung von demokratischer, emanzipativer Kultur. Antifagruppen gibt es beispielsweise in Potsdam (www.ak-antifa.tk und www.aalp.de), im Westhavelland (www.westhavelland.antifa.net), in Bernau (www.antifa-bernau.tk) und Erkner (www.afaerkner.blogsport.de).

KEIN BOCK auf NAZIS

Wenn Rechte gegen Kapitalismus polemisieren, darf man nicht vergessen: Ihre Alternative heißt Nationalsozialismus

Nazis und soziale Frage

Was hinter den populistischen Parolen der Neonazis steckt

■ *Neonazis verpacken ihre Parolen und Forderungen immer geschickter und versuchen damit, in anderen gesellschaftlichen Strömungen Fuß zu fassen. Auch gesellschaftliche Proteste werden genutzt, um z.B. unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für sich zu werben. Dabei lassen sich ihre Parolen leicht entlarven.*

Neonazis präsentieren sich als »Globalisierungsgegner«, »Antikapitalisten« und »Kämpfer für Arbeitsplätze«. Immer offensiver versuchen sie, Ängste und soziale Proteste für ihre Ziele zu nutzen.

Zum Beispiel stören oder unterwandern sie Demonstrationen gegen Sozialabbau. Dass Neonazis Symbole und Parolen, die auch aus gewerkschaftlichen Kämpfen bekannt sind, verwenden, führt zu Verunsicherung. Vieles ist nicht auf den ersten Blick als rechtsextrem zu erkennen. Aber mit etwas Aufmerksamkeit kann man diese Propaganda entlarven und ihr entgegen treten. Rechte nutzen Ängste. Sie benutzen einfache Parolen, deren Umsetzung die komplexen gesellschaftlichen Probleme lösen sollen. Dabei stellen sie vor allem angebliche »deutsche« Interessen gegen »internationale« Interessen.

Rechtsextreme versuchen, »deutsche Arbeiter« gegen »die Ausländer« auszuspielen. Ihre Politik zielt darauf ab, erneut eine »deutsche Volksgemeinschaft« herzustellen. Ein Ziel, das schon die Nationalsozialisten verfolgten und das Millionen Menschen das Leben kostete.

Obwohl die Nazis vorgaben, für die Arbeiterschaft einzutreten, bedeutete die Naziherrschaft für Gewerkschafter: Verbot ihrer Organisationen, Verfolgung, Terror und Mord.

Soziale Frage als »deutsche Frage«

Seit einigen Jahren versuchen Neonazis aller Schattierungen, die »soziale Frage« zu einem Schwerpunkt ihrer Selbstdarstellung zu machen. Sie führen eigene Aufmärsche am 1. Mai durch und präsentieren sich dort als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung.

Neonazis übernehmen bei ihren Aufmärschen häufig bekannte Parolen der Linken wie »Heraus zum 1. Mai«, »Arbeitsplätze statt Globalisierung« oder »Unsere Agenda heißt Widerstand« und stellen sie in einen völlig anderen Zusammenhang. Und dieser heißt bei den Neonazis: »Sozialstaat nur für Deutsche!« Für alle, die nicht in deren Weltbild passen – und dazu zählen Nazis mehr als nur »die Ausländer« – bedeutet das aber: gesellschaftliche Ausgrenzung und nicht die Herstellung sozialer Gleichheit.

Nazis sagen »Schluss mit Hartz IV« und wollen gleichzeitig »Arbeitsdienst für Unvermittelbare«

So macht sich beispielsweise die NPD den verbreiteten Frust über die unsichere wirtschaftliche Situation vieler Menschen und positive Erinnerungen an soziale Absicherungen in der alten DDR zunutze. Bei den Montagsdemos gegen die Hartz-IV-Reformen traten Neonazis als Gegnerinnen und Gegner dieser Reformen auf und erhielten dafür viel Aufmerksamkeit.

Doch sie fordern gleichzeitig einen Arbeitsdienst getreu ihrem Vorbild aus der Nazi-Zeit, dem »Reichsarbeitsdienst«: Wer keinen Arbeitsplatz über den freien Arbeitsmarkt erhält, soll vom Staat zur Zwangsarbeit verpflichtet werden.

Nazis sagen »Volksgemeinschaft statt Klassenkampf« und das bedeutet weniger Rechte für alle

Solche Zwangsmaßnahmen wie Arbeitsdienste passen in das Nazimodell der »Volksgemeinschaft«, einer Ordnung, in welcher der oder die Einzelne nichts zählt. In einer wirklich demokratischen Ordnung kommt jedem Menschen seine Würde aus sich selbst zu; darin sind alle gleich, jede und jeder besitzt sie von Geburt an, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder Behinderung.

Ganz anders beispielsweise im NPD-Programm. Dort soll der Staat »Verantwortung für das Volk« tragen (und nicht für den einzelnen Menschen). Damit wäre in einem Staat nach den Vorstellungen der NPD Tür und Tor geöffnet für staatliche Willkür. Einzelne Menschen oder Gruppen können beliebig zu »Volksschädlingen« erklärt und verfolgt werden. Wer keine »blutsdeutschen« Vorfahren hat, gehört für die NPD nicht zum Volk und hat bei ihr weniger Rechte. Sie will keine Demokratie, sondern eine »Ethnokratie«, also die Herrschaft einer ethnischen Gruppe.

Neonazis sagen »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« denn sie wollen »Ausländer raus«

Neonazis wollen alle, die nicht deutscher Herkunft sind, aus Deutschland vertreiben. Dafür ist ihnen kein Argument zu schäbig. Die Neonazis hetzen Menschen, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben, mit rassistischen

Parolen gegen Migrantinnen und Migranten oder Flüchtlinge auf. Neonazis leugnen die prinzipielle Gleichheit aller Menschen und schließen dabei von der biologischen Verschiedenheit aller Individuen auf ihre vermeintliche gesellschaftliche, politische, soziale und juristische Ungleichheit. Demnach sei es auch erstrebenswert, dass nebeneinander verschiedene Staaten und Gesellschaften existieren, die jeweils »reinrassig« sein sollten. Diese Vorstellung gipfelt bei der NPD in der Forderung, alle Einwanderer und ihre Kinder in ihre Herkunftsländer zurück zu schicken.

Gegen die vorgeblichen »deutschen Interessen« stehen bei den Neonazis »internationale« Interessen. Sie versuchen, »deutsche Arbeiter« gegen »die Ausländer« auszuspielen. So werden Migrantinnen und Migranten zu den ersten Opfern der von den Nazis geforderten »Volksgemeinschaft«.

Neonazis fordern »Arbeitsplätze statt Globalisierung« denn sie wollen, »dass die Welt draußen bleibt!«

Die Globalisierung ist schon lange zum Totschlagargument geworden. Der Kritik am Sozialabbau wird oft mit dem pauschalen Hinweis auf internationale wirtschaftliche Verflechtungen begegnet. Viele Menschen glauben, dass »Globalisierung« oder »ausländische Interessen« schuld an Krisen in Deutschland seien.

Neonazis nutzen die populäre Ablehnung der Globalisierung, um ihre eigenen Parolen zu verbreiten. In ihrem Weltbild ist das Ausland ein Gegner, der nur ein Interesse hat: das deutsche Volk zu unterdrücken. Dagegen setzen wir die internationale Solidarität aller Menschen, gerade wenn deren Würde bedroht ist.

Viele engagierte Gewerkschafter fordern deshalb auch die Durchsetzung sozialer Mindeststandards in jedem Land, anstatt sich von der Welt abzuschotten. Denn Globalisierung bedeutet auch, weltweit für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Einkommen zu kämpfen.

Es macht also Sinn, auch bei Themen wie Sozialabbau und Globalisierung genau hinzugucken und nicht jede Parole unreflektiert zu übernehmen. Denn ein Eintreten für gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen ist nur ohne Neonazis möglich und nicht zusammen mit ihnen. Neonazis bieten immer scheinbar einfache Lösungen für sehr komplexe Probleme an. Doch diese einfachen Lösungen sind nur auf den ersten Blick verlockend.

Bei genauerem Hinsehen bleibt von diesen vermeintlich einfachen Lösungen meist nur Menschenverachtung, Größenwahn und Rassismus übrig – helfen tun diese Lösungen in Wirklichkeit niemandem. Gute Informationen und eigenes Nachdenken sind daher notwendig.

Wir blockieren, wenn Nazis auf die Straße gehen wollen!

Thor Steinar: Designermarke für Neonazis

Runen, Anspielungen auf Nazicodes und völkische Motive – es kommt nicht von ungefähr, dass Thor Steinar in der Neonazi-Szene eines der beliebtesten Klamotten-Label ist. 2002 wurde die Marke offiziell registriert. Seit 2003 tritt für Thor Steinar die Firma Mediatex auf, die sich inzwischen Protex nennt. Anfangs gab es die Klamotten nur in einschlägigen Naziläden, aber inzwischen ist man dabei, den rechten Schick auch in »normale« Läden zu bringen. Teilweise leider mit Erfolg. »Thor Steinar versucht seit Jahren offensiv völkische Symbolik und rechten Lifestyle salonfähig zu machen«, sagt Silvio Kurz, Sprecher der Initiative »Stop Thor Steinar«. Kein Wunder, dass es überall, wo Thor Steinar-Klamotten verkauft werden, auch Proteste gibt. Wer hat schon Interesse daran, dass in der eigenen Nachbarschaft Kleidung für Neonazis verkauft wird?

Auch dem Verfassungsschutz ist die »Szene-Kleidung für Rechtsextremisten« bekannt. Thor Steinar sei für Rechtsextreme »ein identitätsstiftendes Erkennungszeichen. Sie bezeichnen die Firma in ihren Internet-Diskussionsforen als ›zur Bewegung gehörig‹, die Bekleidung ›werde nicht ohne Grund getragen‹.« Vor drei Jahren war das Runen-Logo der Marke aufgrund der Ähnlichkeit mit Symbolen aus dem Nationalsozialismus zeitweise verboten worden. Hunderte Textilien der Firma wurden beschlagnahmt. Daraufhin änderte Mediatex schnell das Motiv.

Auch wenn die Macher von Thor Steinar gerne tun, als ob sie eine »unpolitische« Marke produzieren: Zur Zielgruppe gehören ganz klar Neonazis. Daher gilt: Wo auch immer diese Marke verkauft wird, muss auf die Hintergründe aufmerksam gemacht und gegen den Verkauf vorgegangen werden! Infos dafür gibt es unter: www.stop-thorsteinar.de.vu und www.investigatethorsteinar.blogsport.de

»KEIN BOCK AUF NAZIS« – AUCH ALS DVD

Neben dieser Zeitung gibt es von unserem Projekt auch eine DVD. Kultur und Aktionen gegen Rechts werden darin vorgestellt und unterstützt. Mit von der Partie sind unter anderem Die Toten Hosen, Die Ärzte, Wir Sind Helden, Muff Potter, Fettes Brot, die Killerpilze, die Donots und die Beatsteaks. Dabei berichten die Promis von eigenen Erfahrungen mit Nazis und geben Tipps, etwas dagegen zu tun. Auch weitere Promis geben Statements zur aktuellen Situation in Deutschland ab.

Außerdem gibt es auf der DVD ausführliche Interviews mit verschiedenen Jugendprojekten, die sich gegen Rechtsextreme und für alternative Jugendkulturen engagieren. Unter anderem berichtet eine Kampagne aus Berlin von ihrem Einsatz gegen Naziläden und rechten Lifestyle vor Ort. Eine Vertreterin des Projekts »le monde est à nous« schildert, wie man auch in von Nazis dominierten Gegenden ganz ohne Neonazis feiern kann.

Die DVD kann kostenlos auf der Seite www.keinbockaufnazis.de heruntergeladen werden. Von der ersten Auflage haben wir über 60.000 Stück gemacht und kostenlos verteilt. Eine Nachpressung ist zurzeit in Arbeit.

KEIN BOCK auf NAZIS

Eine Zeitung gemacht von:

Apabiz

Schwerpunkte unserer Arbeit sind ein umfangreiches Archiv und Bildungsarbeit zum Thema. Darüber hinaus initiieren wir weitere Projekte und haben uns insbesondere der Förderung und Vernetzung von Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus verschrieben. Unsere Angebote richten sich an alle, die mit rechtsextremer Gewalt, neofaschistischer Organisierung, rassistischen Übergriffen oder der Verbreitung von völkischen und menschenverachtenden Ideologien konfrontiert sind.

www.apabiz.de
mail@apabiz.de

Antifa Info-Blatt

Das Antifaschistische Info-Blatt ist eine bundesweite Zeitung aus Berlin und berichtet beständig über Entwicklungen der extremen Rechten und antifaschistische Aktivitäten. Wir bieten sorgfältig recherchierte Hintergrundartikel, die in kommerziell ausgerichteten Medien in dieser Ausführlichkeit nur selten Platz finden. Die von uns verbreiteten Informationen werden sowohl von antifaschistischen Initiativen, als auch von Journalistinnen und Journalisten für ihre Arbeit genutzt und sind zu einer wichtigen Grundlage antifaschistischer Arbeit geworden.

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de

Impressum

Herausgegeben von apabiz & antifaschistisches Infoblatt V.i.S.d.P. U. Müller c/o apabiz Adresse Lausitzer Straße 10 | 10999 Berlin Layout else Auflage 100.000 Exemplare Druck Märkische Verlags- und Druckgesellschaft Bildrechte bei den Fotografen und Fotografinnen. Foto Seite 3/Spalte (mitte): Juri Eber/Agentur Ahron Copyright Abdrucken der Artikel ist unverändert und bei vollständiger Quellenangabe erwünscht. Um ein Belegexemplar wird gebeten.

Vereint gegen die Nazis

Eine Kampagne macht mobil gegen die rechten Parteien bei den Kommunalwahlen

»Keine Stimme den Nazis! Weder im Parlament, noch auf der Straße oder im Verein!« Unter diesem Motto engagieren sich in einem Bündnis verschiedene Initiativen gegen die rechten Parteien, die bei den Brandenburger Kommunalwahlen antreten. Mit vielfältigen Aktionen wird schon vor dem Wahltermin Druck auf NPD und DVU ausgeübt. Unter anderem gibt es kulturelle Veranstaltungen, Demonstrationen, Infotische und Flugblätter. Auftakt der Kampagne war am 30. April 2008 ein Open Air Konzert mit über 2.000 Gästen in Potsdam.

An »Keine Stimme den Nazis« beteiligen sich Gewerkschaften, Antifagruppen, Jugendinitiativen und auch einige Jugendorganisationen demokratischer Parteien. Im Aufruf heißt es: »Wir stellen uns zusammen gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus. Wir lassen die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt nicht alleine und stehen für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen.«

Wer über Aktionen der Kampagne auf dem laufenden bleiben möchte oder Unterstützung leisten will, kann sich auf der Internetseite www.keine-stimmedennazis.de informieren.

Immer informiert sein

Die Webseite Inforiot klärt über Rechtsextremismus in Brandenburg auf

Die Webseite Inforiot (www.inforiot.de) hat sich der Beobachtung rechtsextremer Umtriebe im Land Brandenburg gewidmet. Wer sind die Akteure? Was sind aktuelle Entwicklungen? Wie äußert sich der Rassismus im Land? Antworten auf all diese Fragen sind auf der Internetseite zu finden. Seit 2001 ist das unabhängige alternative Portal Inforiot online und bietet mit einem umfangreichen Pressespiegel, eigenen Analysen und vielen weiteren Materialien den nötigen Überblick, den man braucht, um zum Thema wirklich mitreden zu können. Was gegen Rechts getan wird, ist ebenfalls dokumentiert: Demoaufrufe und -berichte, eine Adressliste antifaschistischer Gruppen (vor allem aus der Antifabewegung) und ein großer Terminteil zu antifaschistischer Kultur und Bildung im Land.

Neben dem Schwerpunkt Rechtsextremismus widmet sich Inforiot auch anderen Themen, immer aber aus der Perspektive von alternativer Politik und Kultur. Ungefähr 6.000 Menschen nutzen täglich dieses Informationsangebot. Da ist das Land Brandenburg bundesweit ein Spitzenreiter – ein regionales Fachportal zum Thema Rechtsextremismus mit solch einer hohen Reichweite gibt es sonst nirgendwo.

Und jetzt alle...!!!

Wir freuen uns über Hilfe beim Verteilen dieser Zeitung

Wir finden es wichtig, dass viele Brandenburgerinnen und Brandenburger vor den Kommunalwahlen über den Rechtsextremismus Bescheid wissen. Nur mit guten Informationen kann man etwas erreichen. Darum haben wir diese Zeitung gemacht. Wir freuen uns über jede Hilfe beim Verteilen!

Wenn Sie Zeitungen in der Nachbarschaft verteilen wollen oder in einer Institution auslegen möchten – setzen Sie sich mit uns in Verbindung. So funktioniert's: Die Zeitungen selbst werden kostenlos abgegeben. Allerdings müssen die Portokosten übernommen werden. Überweisen Sie also die Versandkosten in Höhe von pauschal zehn Euro auf das »Kein Bock auf Nazis«-Konto (Inhaber: Apabiz, Kontonummer 33.20.800, Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100.20.500, Stichwort »Spende Kein Bock auf Nazis – Brandenburg«). Die Versandadresse (keine Postfächer!) sowie den Kontoinhaber der Überweisung sollten uns dann per E-Mail an kban@apabiz.de mitgeteilt werden.

Sobald die Spende zur Deckung der Versandkosten auf unserem Konto eingetroffen ist, schicken wir das Paket mit den Zeitungen los. Wir versenden grundsätzlich 400 Exemplare im Paket, Einzelexemplare oder kleinere Mengen sind leider nicht möglich. Der letztmögliche Bestelltermin ist der 20. September 2008.

unterstützt von:

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den großen Trägern politischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik. Die Stiftung engagiert sich auch – ganz im Sinne ihrer Namenspatronin – in Zusammenarbeit mit vielen Partnerorganisationen in den Welt- und europäischen Sozialforen. www.rosalux.de

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Potsdam ist die gesetzliche Vertretung der Studierenden der Universität Potsdam und setzt sich für die Interessen der Studierenden inner- und außerhalb der Hochschule ein – unter anderem für die politische Bildung und die sozialen Belange der Studierenden. www.asta.uni-potsdam.de

Die Aktion Mensch ist die größte private Förderorganisation in Deutschland. Durch Förderungen soll die Entwicklung gemeinsamer gesellschaftlicher Zukunftsperspektiven unterstützt werden. Die materielle Grundlage für diese Arbeit bietet die Teilnahme von Millionen Menschen an der Aktion Mensch-Lotterie. www.aktion-mensch.de